

Für sogenannte „Fixerstuben“ oder „Substitutionsbehandlung mit Diamorphin“, als Überlebenshilfe für Heroinabhängige, gibt es in Brandenburg derzeit keinen Bedarf. Jedoch unterstützen wir beispielsweise bundesweite Regelungen oder Studien der Qualitätssicherung, damit andere Bundesländer, die einen entsprechenden Handlungsbedarf haben, diese Hilfsangebote vorhalten können.

Birgit Wöllert
Gesundheitspolitische Sprecherin

LANDTAGSBÜRO
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Telefon: (0331) 966 15 62
Telefax: (0331) 966 15 07
Mail:
birgit.woellert@dielinke-fraktion.brandenburg.de

WAHLKREISBÜROS
Bauhofstraße 1
03130 Spremberg
Telefon: (03563) 60 13 65
Telefax: (03563) 60 13 66
Mail: mail@birgitwoellert.de

Berliner Str. 22
03149 Forst
Telefon: (03562) 78 52
Mail: mail@birgitwoellert.de

Für Ihre / Eure Notizen:



Foto von Photocase.com: DWerner

Hrsg.: DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam.
V.i.S.d.P.: Christian Görke (MdL)
Auflage: 1. / 500 / 28.10 2011



www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Wir informieren

Wir informieren



So sieht ´s aus:

Drogenpolitik

Aufklären, präventiv
wirken, therapieren statt
bestrafen

In dem in Erfurt beschlossenen Programm der LINKE heißt es zur Drogenpolitik:

„Wir wollen eine liberale und aufgeklärte Drogenpolitik in Deutschland. Drogen sind eine Alltagsercheinung. Der Alkoholmissbrauch ist ein gesellschaftliches Problem. Die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen ist willkürlich. Der Missbrauch von Drogen kann zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen führen, die durch Kriminalisierung noch weiter verschärft werden. Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und langfristig eine Legalisierung aller Drogen beinhaltet, das bedeutet die Entkriminalisierung der Abhängigen und die Organisierung von Hilfe und einer legalen, kontrollierten Abgabe von Drogen an diese. Im Grundsatz wollen wir eine Gesellschaft, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern die mit Prävention und Aufklärung dem Drogenmissbrauch vorbeugt.“

Ist diese Position gefährlich?

DIE LINKE lässt keinen Zweifel: Drogenmissbrauch kann zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Folgen führen. Und dies gilt unbestritten nicht nur für die heute verbotenen Rauschmittel, sondern beispielsweise auch für die legale Droge Alkohol. Es darf also gefragt werden, warum

man die Dinge unterschiedlich behandelt: ein Teil wird mindestens geduldet (Alkohol), bei anderen Rauschmitteln versucht man den Markt zu unterbinden, den Konsum aber straffrei zu lassen (sog. weiche Drogen) und bei anderen wiederum stehen Handel und Konsum unter Strafe.

Die unterschiedlichen Strategien haben keinen Bezug zur „Gefährlichkeit“ der jeweiligen Droge, sondern haben etwas mit unseren unseren kulturellen Traditionen und Vorstellungen zu tun. Das ist nicht rational und das sagt das Programm der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE benennt Defizite:

Die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten hat den Konsum und die schwerwiegenden Folgen nicht eingedämmt. Die Einsicht, dass schwer Drogenabhängige krank sind und Hilfe benötigen, hat sich nur langsam durchgesetzt. Oft bewegen sich Hilfsangebote selbst am Rande der Legalität. Hier muss Klarheit geschaffen werden und das will DIE LINKE.



DIE LINKE will keinen Weg in die Droge:

Die Alternative zu Strafverfolgung und Repression ist Prävention und Aufklärung. Und dafür macht sich DIE LINKE zu allererst stark – auch in ihrem Regierungshandeln.

DIE LINKE will abhängig gewordenen Menschen besser helfen:

Statt Abhängige zu kriminalisieren muss es wirksame Hilfen bei der Befreiung aus der Abhängigkeit geben. Dazu kann es medizinisch notwendig sein, Drogen oder Drogensubstitute kontrolliert an sie abzugeben. Dies will DIE LINKE legalisieren. Statt ausreichende Mittel für präventive und therapeutische Angebote bereitzustellen, gibt Deutschland aber 84 Prozent seiner Ausgaben im Drogenbereich für die Strafverfolgung aus.

Was macht DIE LINKE in Brandenburg?

1. Brandenburg hat ein gut ausgebautes Suchthilfesystem. Es gibt 28 ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen. Im stationären Bereich gibt es ca. 560 Plätze.
2. Das Gesundheitsministerium fördert Projekte und Aktivitäten im Bereich der landesweiten Suchthilfe und Suchtprävention.
3. Die Brandenburger Landesregierung setzt sich seit Mitte 90er Jahre für eine Entkriminalisierung der Drogenkonsumenten ein.